

BULLETIN N°88 – September 2024

Botschaft des VEM-Präsidenten für das *VEM-Bulletin*, September 2024, 'You Get What You Vote For'

Liebe Mitglieder,

Wenn wir über das Ergebnis der jüngsten Europawahlen nachdenken, wird deutlich, dass die politische Landschaft des Europäischen Parlaments durch das Aufkommen neuer Parteien geprägt wird.

Bei den Wahlen im Juni 2024 ist die Wahlbeteiligung in 13 Ländern im Vergleich zu 2019 gestiegen, während sie in 14 Ländern gesunken ist. In den Ländern, die der Europäischen Union nach 2004 beigetreten sind, war die Wahlbeteiligung tendenziell niedriger als in den Ländern, die vor 2004 Mitglied waren.

Die Gesamtbeteiligung im Jahr 2024 war mit 50,97 % die höchste seit 30 Jahren, aber nur ein bescheidener Anstieg gegenüber 2019 (50,66 %). Sie zeigt jedoch, dass sich die Wahlbeteiligung bei den Europawahlen möglicherweise über 50 % stabilisiert.

Soziale Ausgrenzung und mangelnde Einbindung und Beteiligung an der Gesellschaft sind überall zu beobachten. Man kann jedoch nicht sagen, dass sich die Bürger nicht am demokratischen Prozess beteiligen oder sich weigern, die Macht an die gewählten Vertreter zu übertragen.

Der Europäische Parlamentarische Forschungsdienst (EPRS) hat in diesem *Bulletin* eine umfassende Bewertung der Wahlen vorgenommen. Diese Analyse enthält Einblicke in die Wahlergebnisse, das neue Präsidium des Parlaments und die neu gebildeten Ausschüsse und verdeutlicht die Auswirkungen auf die kommende Legislaturperiode.

Die jüngsten Wahlen stellen für unsere Vereinigung auch eine wertvolle Gelegenheit dar, mit den neuen Mitgliedern des Europäischen Parlaments in Kontakt zu treten, unsere Erfahrungen auszutauschen und einen Beitrag zur Weiterentwicklung unseres gemeinsamen europäischen Projekts zu leisten. Schließlich haben wir uns in der FMA verpflichtet, den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen ehemaligen und aktuellen Parlamentariern zu fördern.

In diesem Zusammenhang freuen wir uns, den Erfolg unserer jüngsten Rekrutierungskampagne bekannt geben zu können, die dazu geführt hat, dass eine beachtliche Anzahl von scheidenden Mitgliedern des Europäischen Parlaments der Vereinigung beigetreten ist. Nahezu 130 scheidende Mitglieder des Europäischen Parlaments haben einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt. Diejenigen, die noch nicht beigetreten sind, sich aber über die Mitgliedschaft informieren möchten, möchten wir ermutigen, unser *Handbuch für scheidende Mitglieder des Europäischen Parlaments* zu konsultieren oder sich an unser Sekretariat zu wenden, um eine Anfrage zu stellen oder ein Treffen zu vereinbaren. Wir haben uns auch sehr gefreut, dass VEM-Vizepräsidentin Monica Baldi und VEM-Generalsekretärin Elisabetta Fonck an der Verleihung der Medaille für scheidende Mitglieder

am 15. Juli in Straßburg teilgenommen haben. Ihre Anwesenheit förderte wichtige Kontakte zu potenziellen neuen Mitgliedern und stärkte die Öffentlichkeitsarbeit der Vereinigung. Ein Überblick über die Ergebnisse der VEM-Anwerbungskampagne ist in diesem *Bulletin* enthalten.

Diese Ausgabe des *Bulletins* steht unter dem Motto „Man bekommt, was man wählt“ und enthält aufschlussreiche Artikel zu wichtigen Themen wie Fake News und Desinformation, Wirtschaftspolitik im Zusammenhang mit den Europawahlen 2024, Wahlenthaltung und die Auswirkungen externer Faktoren wie China auf die Wahlen. Sie enthält auch politische Analysen zur Rolle des neu gewählten Europäischen Parlaments, zur Vertretung Frankreichs im EU-Rat und Überlegungen zu den ersten Europawahlen ohne das Vereinigte Königreich. In dieser Ausgabe gehen wir auch auf wichtige Ereignisse der letzten Zeit ein. Wir hatten die Ehre, am 3. Juli die Librorum-Online-Veranstaltung „Il Parlamento europeo“ mit Andrea Manzella auszurichten. Seine Einblicke in die Entwicklung des Europäischen Parlaments fanden bei den über 100 Teilnehmern großen Anklang und haben unser Verständnis der parlamentarischen Dynamik in der EU erheblich verbessert.

Darüber hinaus berichten Teresa Riera Madurell und Miguel Ángel Martínez über ihre Erfahrungen mit der Teilnahme an den Treffen der Europäischen Vereinigung ehemaliger Abgeordneter (FP-AP), insbesondere an dem Treffen in Österreich im Mai, mit dem das 75-jährige Bestehen des Europarats gefeiert wurde.

Mit Blick auf die Zukunft freuen wir uns auf unseren Workshop am 17. und 18. Oktober 2024 über die Entwicklung des Europäischen Parlaments, der in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Hochschulinstitut organisiert wird, sowie auf den bevorstehenden Besuch in Ungarn vom 23. bis 25. Oktober 2024. Das Interesse an der Teilnahme an diesem Besuch war groß, und 28 Mitglieder der Vereinigung werden Teil der Delegation sein.

Schließlich werden unsere jährlichen Dezemberveranstaltungen am 3. und 4. Dezember 2024 mit dem angesehenen Redner Herman Van Rompuy eine hervorragende Gelegenheit für einen sinnvollen Dialog bieten.

Lassen Sie uns auch in Zukunft die zentralen Werte und Grundsätze der EU mit Nachdruck vertreten.

Ich danke Ihnen für Ihre anhaltende Unterstützung und Ihr Engagement für unsere Vereinigung. Ich heiße auch all unsere neuen Mitglieder herzlich willkommen und freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit und auf die Feier unserer zukünftigen Erfolge.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Klaus Hänsch

VEM-Präsident

75 Jahre Europarat und der Sprachenerwerb

Vor einigen Tagen reiste ich mit meinem Kollegen Miguel Angel Martínez nach Graz (Österreich), um an der Feier zum 75-jährigen Bestehen des Europarats teilzunehmen. Diese zwischenstaatliche Organisation, der 46 europäische Staaten angehören, wurde durch den Londoner Vertrag vom 5. Mai 1949 gegründet.

Die Idee kam ursprünglich im Jahr zuvor im Rahmen der Europäischen Bewegung auf – während des Haager Kongresses unter der Schirmherrschaft von Winston Churchill und Paul Ramadier, Sozialist und ehemaliger französischer Ministerpräsident, Christian Paul Van Zeeland, Christdemokrat und belgischer Premierminister, und Salvador de Madariaga, spanischer Minister und Botschafter während der Zweiten Republik, Exilant in Oxford und in der Zeit danach Präsident der Liberalen Internationale. Von dort aus richteten die großen politischen Familien der europäischen Nachkriegsdemokratien einen gemeinsamen Appell an die europäischen Bürger, Europa gestützt auf den Grundsätzen von Freiheit und Demokratie wiederaufzubauen, und schlugen die Gründung des Europarates vor.

Bei der feierlichen Gedenkveranstaltung in der Alten Universität Graz hob die Generalsekretärin des Europarates, Marija Pejčinović, die wichtigsten Säulen der Arbeit in der Organisation hervor, nämlich Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, sowie deren Ziele, die da wären: Verwirklichung einer immer engeren Union in den Reihen ihrer Mitglieder, Wahrung und Förderung der Grundsätze und Werte, die das gemeinsame Erbe bilden, und Unterstützung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts der konstituierenden Länder des Europarates. Ferner hob sie die in diesen 75 Jahren erzielten Errungenschaften hervor.

Nach den einleitenden Bemerkungen von Edgar Mayer, ehemaliger Abgeordneter, Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und derzeitiger Vorsitzender der österreichischen Delegation in der Europäischen Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten der Mitgliedstaaten des Europarates (FP-AP), ergriffen folgende Personen das Wort: Reinhard Rack, Professor an der Universität Graz, früherer Abgeordneter (Österreich) und ehemaliges MdEP, Renate Kicker, Professorin an der Universität Graz und früheres Mitglied des Komitees zur Verhütung von Folter des Europarates, sowie Sarah Breslin, Direktorin des European Center for Modern Languages (Europäisches Zentrums für moderne Sprachen).

Die bewegende Veranstaltung wurde von Walter Schwimmer, Vorsitzender der Europäischen Vereinigung der ehemaligen Abgeordneten der Mitgliedstaaten des Europarates und früherer Generalsekretär des Europarates, geschlossen. Anschließend lud der Landeshauptmann der Steiermark alle Anwesenden zu einem Essen ein.

Erwähnenswert ist die Anwesenheit der ukrainischen Delegation und ihre Teilnahme an den Veranstaltungen: Serhii Taruta, Vorsitzender der ukrainischen Vereinigung der Volksvertreter, nahm an dem interessanten Rundtischgespräch zum Thema „Ukraine 2024“ teil, das am frühen Vormittag stattfand und den Teilnehmern Informationen aus erster Hand über die Lage in dem Land verschaffte. An der Diskussion beteiligten sich ferner Walter Schwimmer, Vorsitzender der FP-AP, Dario Rivolta, ehemaliger Abgeordneter des italienischen Parlaments und stellvertretender Vorsitzender der FP-AP, und Kristina Ojuland, ehemalige Außenministerin Estlands.

Für diese Veranstaltungen wurde die Stadt Graz ausgewählt, da das Europäische Fremdsprachenzentrum des Europarates dort seinen Sitz hat – eine Einrichtung, die darauf abzielt, Exzellenz und Innovation im Sprachunterricht zu fördern und die Bürger in der EU zu unterstützen, Sprachen effektiver zu erlernen.

Zusammen mit seiner Generaldirektorin, Sarah Breslin aus Schottland, besuchten wir das Zentrum und konnten uns überzeugen, dass es bestens ausgestattet ist und beim Lehren und Erlernen von Sprachen Maßstäbe setzt. Sie sehe ihr Ziel darin, den Sprachunterricht in ganz Europa einem Wandel zu unterziehen, und sprach sich für differenzierte Ansätze je nach den Bedürfnissen der Lernenden und ihrem sprachlichen Hintergrund aus. Dabei hob sie ihre Methodik hervor, beim Lernen aus dem Reichtum der sprachlichen Vielfalt des Lernenden zu schöpfen, was wiederum die mit der Unionsbürgerschaft verbundenen Rechte, Demokratie und Menschenrechte in den Mittelpunkt des Lernens rückt und beim Streben nach einer hochwertigen Bildung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt Vorschub leistet.

Als Geschenk erhielten wir das Buch „El más divertido, y único libro de chistes multilingües“ (Das unterhaltsamste und einzige Buch mit mehrsprachigen Witzen), das am 26. September, dem Europäischen Tag der Sprachen, veröffentlicht worden war. Darin entdeckte ich auch einige Witze in meiner Muttersprache Katalanisch. Ich möchte daran erinnern, dass Andorra mit der Amtssprache Katalanisch Mitglied des Europarates ist.

Zum Ausklang des Arbeitstages fand eine feierliche Sitzung des FP-AP-Rates statt, bei der der neue Präsident der FP-AP, der Schweizer Filippo Lombardi, und die neuen Mitglieder des Vorstandes der Vereinigung in ihr Amt eingeführt wurden. Die Rückreise traten wir mit einem Gefühl der Zufriedenheit an, an einem ausgezeichneten und ertragreichen Arbeitsbesuch teilgenommen zu haben.

Teresa Riera Madurell

S&D, Spanien (2004-2014)

trierama@gmail.com

Unser Parlament

Wurde zu Beginn einer Wahlperiode ein neues Buch über das Europäische Parlament vorgestellt, so bedeutete dies bislang eher einen Blick in die Zukunft als eine Rückbesinnung auf Vergangenes. Dies gilt insbesondere für den ehemaligen Präsidenten Klaus Hänsch, der in der Digitalisierung einen Prüfstein für die Demokratie sah und der das Paradox beklagte, dass von manchen einerseits auf die eigene Souveränität bestanden, gleichzeitig aber der Souveränität der Algorithmen gegenüber nachgegeben werde. Ferner gilt dies für Enrique Barón Crespo, der erkannte, dass die Außen- und Verteidigungspolitik eine schwierige und unausweichliche Herausforderung für die EU darstellen sollte. Schließlich gilt dies für Monica Baldi, Carlo Corazza, Michael Hindley und Mitverfasser Nicola Lupo sowie für verschiedene weitere Akteure, die auf eine Reihe äußerst interessanter Aspekte aufmerksam machten.

Eine ähnliche Zukunftsorientierung ist auch im neuen Parlament zu erkennen, das schon in seinen ersten Tagen an den bereits in der Vorperiode verfolgten Fortschrittskurs anknüpft. So offenbarten bereits die ersten Schritte des Parlaments eine entschiedene Kontinuität. Zwar drohte die Kampagne gegen eine Kommission von der Leyen II ebendieser Kontinuität ein Ende zu setzen, doch kam es trotz allem zu einer Wiederwahl der amtierenden Kommissionspräsidentin. Dabei hatte das neue Parlament bereits vor der Abstimmung über eine Bestätigung Ursula von der Leyens mit zwei Maßnahmen – einer strukturellen und einer politischen – einen Kurs der Kontinuität erkennen lassen.

Eher struktureller Art war die Entscheidung für eine „Brandmauer“ in Form eines Ausschlusses von Angehörigen rechtsextremer Parteien von leitenden Positionen im Plenum und in den Ausschüssen. Ein Vorgehen, das sicherlich gegen das parlamentarische Gebot der Gleichheit aller Mitglieder verstößt, aus konstitutioneller Sicht jedoch notwendig war. So überwog die Dringlichkeit, denjenigen, die der europäischen Einigungsbewegung – der *Raison d'être* der Europäischen Union – den Kampf angesagt hatten, Einhalt zu gebieten.

Auf eher politischer Ebene ist die zweite frühzeitige Maßnahme zu verorten: die erste Entschließung der Wahlperiode vom 17. Juli zur Notwendigkeit der anhaltenden Unterstützung der EU für die Ukraine. In dieser bekräftigt das Parlament seine „fortgesetzte Unterstützung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine“. Ferner wird betont, dass der Beitritt der Ukraine zur EU „eine geostrategische Chance, eine Perspektive für die Demokratie und eine Investition in ein geeintes und starkes Europa darstellt“ und „dass der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine Teil eines breiten Bündels von Maßnahmen ist, die sich gegen den Westen sowie gegen die Demokratie in der EU und die Werte der EU richten“.

Die Wiederwahl Ursula von der Leyens erfolgte somit im Fahrwasser zweier richtungsweisender parlamentarischer Maßnahmen – einer strukturellen und einer politischen. Jedoch hatte sie auch eine gewichtigere Bedeutung, die über Koalitionsfragen hinausgeht. So signalisierte sie nicht bloß eine politische Einigung, sondern vielmehr auch die Fortführung eines konstitutionellen Prozesses.

Die offensichtlichen Errungenschaften der vergangenen Wahlperiode sind nunmehr Teil der Geschichte der Union: von der gemeinschaftlichen Aufnahme von Fremdmitteln zur

Begegnung des wirtschaftlichen Abschwungs bis hin zum SURE-Programm gegen Arbeitslosigkeit, von der gemeinsamen Beschaffung von Impfstoffen zwecks Eindämmung einer finanziellen Ausnutzung der Pandemie bis hin gar zu einer politisch-militärischen Einigung in Bezug auf den Angriffskrieg Russlands. Die wichtigste übergreifende Botschaft dieser Errungenschaften war jedoch, dass die Union in der Lage ist, Entscheidungen aus ihrem Zentrum heraus zu treffen, ohne dabei die Autonomie der 27 Mitgliedstaaten zu beeinträchtigen.

So erfuh die Souveränität der einzelnen Mitgliedstaaten interessanterweise gerade durch die Souveränität Europas eine Konkretisierung und Verwirklichung.

Andrea Manzella

PES, Italien (1994-1999)

an.manzella@gmail.com

Internationale Fachkonferenz: „Die EU lehren und lernen: Herausforderungen für die Ukraine“ im Rahmen des Projekts Erasmus/Jean Monnet/SEED

Tschernihiw liegt im Norden der Ukraine. Mit knapp 285 000 Einwohnerinnen und Einwohnern zählt es zu den größten Städten. Obwohl es aktuell eine Garnisonsstadt ist, mangelt es Tschernihiw im derzeitigen Krieg Russlands gegen die Ukraine (Ende Mai 2024) ganz offensichtlich an Luftabwehrsystemen. Zu Beginn der vollen Invasion im Februar/März 2022 waren beispielsweise bereits 27 der insgesamt 34 Schulen der Stadt beschädigt, zwei davon sogar vollkommen zerstört. Trotz der anhaltenden Zerstörung durch die russischen Angriffe führte die Universität 2022/2023 unter Leitung von Prof. Marina Keda eine Studie zur europäischen Ausrichtung der Bevölkerung in der nördlichen Grenzregion und ukrainischer Flüchtlinge durch. Die Ergebnisse wurden im Rahmen einer zweitägigen Konferenz vorgestellt. Diese fand übrigens als reine Zoom-Veranstaltung statt, da alle 55 Teilnehmenden an sicheren Orten bleiben mussten. Aus den Ergebnissen der Studie geht hervor, dass 60 % der Personen in der nördlichen Region, die an der Studie teilgenommen haben, überzeugte Europäerinnen und Europäer sind, 24 % hingegen sich nicht als solche fühlen und 16 % unentschieden sind. Von den befragten ukrainischen Flüchtlingen fühlen sich 82 % als Europäerinnen und Europäer. Bei den 18- bis 24-Jährigen sind es sogar 94,6 %. Nebenbei bemerkt geben knapp 7,8 % der Flüchtlinge an, nicht in die Ukraine zurückkehren zu wollen. 33 % haben noch nicht entschieden. Je länger der Krieg andauert, desto weniger Flüchtlinge werden nach Hause zurückkehren, was Prof. Keda zufolge ein großes Problem für die Demografie der Ukraine darstellen würde. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Frage nach der kulturellen Identität unter dem Diktat des Krieges und danach, wie die Ukraine zum europäischen Bildungssystem, dem sogenannten Bologna-Prozess, beitragen kann.

Die kulturelle Identität der Ukraine ist nicht nur aufgrund des Kriegs und der massiven Zerstörung von Kultur- und Bildungsorten bedroht, sondern auch wegen der Russifizierung in den von Russland besetzten Gebieten. Neben den ausgezeichneten Beiträgen der teilnehmenden Forscherinnen und Forscher war der Beitrag von Stsiapan Stureika in diesem Zusammenhang von besonderem Interesse. Stureika arbeitet in der Diaspora von Vilnius am Aufbau einer Exiluniversität für Belarus, um die europäische Ausrichtung der europäischen kulturellen Identität zu bewahren und weiterzuentwickeln, die im Land selbst völlig ausgeradiert wurde. Dieses Beispiel zeigt, dass das „Europäischsein“ und der Bau kultureller Brücken für die Ukraine und andere Länder in Mittel- und Osteuropa, die vom russischen Imperialismus bedroht sind, wertvolle Bausteine für eine bessere Zukunft sind.

Ich meinerseits habe mich bei meinem Beitrag auf die schwierige und komplexe Geschichte der Europäischen Union konzentriert: angefangen bei der Idee von einem geeinten politischen Europa, die in Kellern und Gefängniszellen von Widerstandskämpfern als Friedensprojekt gegen das Naziregime in Europa entwickelt wurde, durch die lange Zeit der überwiegend wirtschaftlichen Einigungsprozesse hindurch bis hin zur politischen Union, die nach wie vor eine Baustelle ist. Außerdem sprach ich die besondere, komplexe Organisationsstruktur und den Umstand an, dass auf europäischer politischer Ebene Kompromisse getroffen werden müssen. Meine Empfehlung an die Wissenschaftswelt lautet, dass die Mittel, die für den Beitrittsprozess der Ukraine bereitgestellt werden, auch in Kultur- und Bildungsinitiativen fließen sollten und dass Universitäten und Städte auch während des

Beitrittsprozesses an besonderen EU-Programmen (z. B. Forschungsrahmenprogramm, Interreg usw.) teilnehmen könnten.

Birgit Daiber

V, Deutschland (1989-1994)

bir.dai@hotmail.com

Geschichte und Zweck der ACER: Sie bestätigen die Vision Robert Schumans

Den gewählten Mitgliedern des Europäischen Parlaments steht es frei, neue Ideen zu entwickeln. Doch gleichzeitig folgen sie der aus den kommenden und gehenden Makrotrends entstehenden Agenda und arbeiten an den verschiedenen Themen innerhalb der Grenzen der von ihren Vorgängern festgelegten Vorschriften. Da die Umsetzung von EU-Beschlüssen lange dauert, ist es ein Luxus, sich im Laufe der Zeit intensiv mit einem bestimmten Thema befassen zu können und tatsächlich die Möglichkeit zu haben, den Bereich zu gestalten.

Als ich 2004 gewählt wurde, war mir eines klar: Ich wollte an etwas arbeiten, das für alle von Bedeutung ist – dem Thema Energie. Ich hatte das große Glück, von zwei großartigen ehemaligen Mitgliedern des Europäischen Parlaments zu lernen (Rolf Linkohr und Gordon Adam). Ich konnte als Schattenberichterstatterin an vielen energiebezogenen Dossiers arbeiten. Eines davon war die ACER-Verordnung (Verordnung (EG) Nr. 713/2009). Seitdem verfügen der ITRE-Ausschuss des Parlaments und die ACER über eine Kontaktgruppe, in der sie den Fortschritt gemeinsam verfolgen. Dank dieser Arbeit brachte mir das Parlament großes Vertrauen entgegen und ich wurde 2018 eines von zwei Mitgliedern des Europäischen Parlaments im Verwaltungsrat der ACER. Zunächst war ich Mitglied und stellvertretende Vorsitzende. Nun bin ich im Zeitraum 2024-2025 Vorsitzende. Wir sind ein Team ehemaliger Mitglieder des Europäischen Parlaments, bestehend aus Paul Rübzig, Mitglied des Verwaltungsrats, und Romana Jordan, ehemalige Vorsitzende des Verwaltungsrats, sowie den Stellvertreterinnen Rebecca Harms und Britta Thomsen.

Im Zusammenhang mit der Gründung der ACER gab es große Meinungsverschiedenheiten und es wurde heftig debattiert. Diese Auseinandersetzungen und der Kompromiss sind im Namen der Agentur verewigt. So ist die ACER nicht die „Europäische“ Energieagentur, sondern „nur“ die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden. Darin unterscheidet sie sich von anderen Agenturen der EU. Sie hat zwei gleich wichtige Gremien: einen Regulierungsrat für die Zusammenarbeit der nationalen Energieregulierungsbehörden, der mit den gemeinsamen Vorschriften und Standards befasst ist, und einen Verwaltungsrat, der die Arbeitsweise der Agentur insgesamt sicherstellt, wobei er unter anderem die Jahresarbeitsprogramme und mehrjährigen Arbeitsprogramme ausarbeitet und für angemessene Arbeitsbedingungen sorgt. In den vergangenen 15 Jahren wurde (auf der Grundlage des Solidaritätsartikels des AEUV) die europäische Energieunion geschaffen, und es wurden zahlreiche Rechtsakte verabschiedet¹. Dazu zählen beispielsweise die Verordnungen REMIT I und REMIT II², die 2019 fertiggestellte Verordnung zur Überarbeitung der ACER-Verordnung und mehrere Empfehlungen des Rates

¹ Sie haben die drei zentralen Säulen der Arbeit der Agentur zum Gegenstand: die Gestaltung des EU-Strommarkts, den Rahmen für die Dekarbonisierung von Gas sowie die Integrität und Transparenz des Energiemarkts.

² Die Agentur hat in letzter Zeit ihre Überwachungstätigkeiten erheblich verstärkt, um die Folgen der Energiekrise (z. B. preisbestimmende Faktoren und die Auswirkungen auf die Sicherheit der Stromversorgung in der EU) zu beobachten und insbesondere ihr Fachwissen und ihre Daten zu einer Vielzahl aktueller Themen sowie ihre Einblicke in diese Themen den EU-Organen und den Mitgliedstaaten zur Verfügung zu stellen (unter anderem durch eine Bewertung der über 400 Maßnahmen, die die Mitgliedstaaten zur Bewältigung der Energiekrise ergriffen haben).

aus dem Jahr 2023³. Die ACER hat neue Aufgaben übernommen und ist in einem schwierigen Umfeld mit begrenzten Ressourcen tätig.

In den letzten Jahren hat die Agentur zahlreiche Veränderungen erfahren, bei denen der Verwaltungsrat eine intensive Leitung und Lenkung übernahm. In der COVID-19-Zeit waren wie in vielen anderen Organisationen zahlreiche Veränderungen in den Arbeitsabläufen und deren rasche Digitalisierung erforderlich, und die Arbeitsweise musste angepasst werden. Kurz darauf begann im Jahr 2022 die seit vielen Jahrzehnten erste wirklich weltweite Energiekrise. Die Agentur stand dabei im Mittelpunkt der Reaktion der EU und rückte in den Fokus der Politik und der Öffentlichkeit.

Diese Krise hat den enormen Wert und die enorme Widerstandsfähigkeit des auf einzigartige Weise integrierten Energiemarkts der Europäischen Union deutlich gemacht. Gleichzeitig steht das Energiesystem der Union vor den tiefgreifendsten Veränderungen seit Jahrzehnten. Dabei sieht man sich mehr Herausforderungen und Chancen gegenüber als je zuvor. Die klaren Dekarbonisierungspfade und die Notwendigkeit einer größeren Flexibilität der Energiesysteme sind nur einige der neuen Aufgaben, die auf die ACER zukommen. Die Geschichte der ACER folgt seit ihrer Gründung dem Muster, das Robert Schuman am 9. Mai 1950 zu einem einzigen Satz zusammenfasste: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“⁴ Ich bin stolz, Teil dieser Aufgabe zu sein, um alle Europäer mit Licht und Wärme zu versorgen und für sie die Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen.

Edit Herczog

S&D, Ungarn (2004-2014)

mrs.edit.herczog@gmail.com

³ Der Rat hat die ACER beispielsweise damit beauftragt, täglich die LNG-Preisbewertung vorzubereiten und zu veröffentlichen und den Korrekturmechanismus für den Gasmarkt täglich zu bewerten.

⁴ Am 9. Mai 1950 schlug der französische Außenminister Robert Schuman den Ländern Europas die Schaffung einer Einrichtung zur gemeinsamen Verwaltung der Kohle- und Stahlressourcen vor. Er gab seine Erklärung am Quai d'Orsay ab.

FMA-Rekrutierungskampagne

Um einen Überblick über die Arbeit der Vereinigung zu geben, nahmen FMA-Vizepräsidentin Monica Baldi und FMA-Generalsekretärin Elisabetta Fonck am Montag, den 15. April 2024, an der Zeremonie zum Hissen der Flagge auf dem Louise-Weiss-Parvis und an der Verleihung der Medaillen an die scheidenden MdEP teil. Von 15.00 bis 16.00 Uhr fand ein informelles Treffen mit den scheidenden Europaabgeordneten statt.

FMA-Vizepräsidentin Monica Baldi und Vertreter der Vereinigung nahmen auch an der Informationsveranstaltung für ausscheidende MdEP teil, die von der EP-Taskforce für ausscheidende MdEP am Mittwoch, den 6. März 2024 in Brüssel organisiert wurde. Eine zweite Sitzung wurde am Dienstag, den 23. April 2024 in Straßburg organisiert.

Dank aller Aktionen im Zusammenhang mit der FMA-Rekrutierungskampagne konnte die FMA fast 130 neue Mitglieder rekrutieren.

Die Vereinigung ehemaliger Abgeordneter hat ein „Handbuch für ausscheidende und ehemalige Abgeordnete - Ein Erfahrungsschatz für den weiteren Aufbau der EU“ veröffentlicht, das praktische Unterstützung für ausscheidende und ehemalige Abgeordnete bietet.

Unser Ziel ist es, Kontakte im Europäischen Parlament für administrative und rechtliche Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Übergang von der Mitgliedschaft zum Leben nach dem Parlament zu vermitteln.

Eine digitale Version des Handbuchs ist in Englisch, Französisch, Deutsch, Spanisch, Italienisch und Polnisch verfügbar. Sollten Sie Interesse an dem Handbuch haben, wenden Sie sich bitte an das FMA-Sekretariat unter FormerMembers@europarl.europa.eu.

Möchten Sie mehr über die Vereinigung erfahren und sehen, was ehemalige Mitglieder des Europäischen Parlaments als Mitglied der Vereinigung ehemaliger Mitglieder erleben? Vereinigungserleben?

Entdecken Sie es hier!



Participation in Europe (Teilhabe in Europa) Herausgegeben von Monica Baldi und Michael Hindley, Veröffentlicht durch den Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments ISBN 978-2-9602939-4-4

Ein Jahr vor der Europawahl 2024 veranstaltete der Verein der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Hochschulinstitut (EHI) und dem Historischen Archiv der Europäischen Union („Historical Archives of the European Union“ – HAEU) in Florenz eine Konferenz mit dem Titel „Can the EU learn from Experience?“ (Kann die EU aus ihren Erfahrungen lernen?). Der Sammelband „Participation in Europe“ setzt sich aus Schlüsseltexten der Veranstaltung zusammen, die gemeinsam mit weiteren Beiträgen aus der Feder eines breiten Spektrums von Experten, Akademikern und – was besonders wichtig ist – jungen Menschen veröffentlicht wurden, die die Vorteile von Programmen wie „EP to Campus“ und Erasmus+ selbst erleben konnten. Gemeinsam herausgegeben wurde diese Veröffentlichung von der Vizepräsidentin des VEM, Monica Baldi, und dem Vorstandsmitglied Michael Hindley, der auch das Programm „EP to Campus“ mitkoordinierte.

Die Veröffentlichung ist ein Lehrstück für den generationenübergreifenden Dialog zwischen jungen Bürgern und aufstrebenden Führungskräften einerseits und erfahrenen Gesetzgebern, politischen Entscheidungsträgern, Akademikern und Archivaren andererseits, wobei letztere sich auf die Schlüsselmomente der Entwicklung des europäischen Projekts konzentrierten. Unterdessen war das Projekt für Studierende Anlass, um nach alten Familienfotos und Artefakten aus der Zeit des Ersten Weltkriegs zu stöbern und persönliche Überlieferungen und Familiengeschichten in die Diskussionen rund um das Thema „Lernen aus der Vergangenheit“ einfließen zu lassen.

Politische Differenzen werden von den ehemaligen MdEP im Interesse der Förderung gemeinsamer europäischer Werte beiseitegeschoben. An kritischen Überlegungen mangelte es jedoch nicht – unter anderem verglich Marco del Punta (Generalsekretär des EHI) die Sparpolitik, die als Reaktion auf die Finanzkrise 2007/2008 eingeleitet wurde, mit dem jüngeren Finanzierungsplan „NextGenerationEU“, der zur Bewältigung der durch die Pandemie hervorgerufenen Krise aufgelegt wurde. Der Wirtschaftswissenschaftler George Papaconstantinou (der während der Krise kurzzeitig MdEP und anschließend Finanzminister in der griechischen Regierung war) führt diesen Gedankengang anhand seiner eigenen schmerzhaften Erkenntnisse über zu spät gezogene Lehren weiter. Heute arbeitet er als Professor an der EHI-Fakultät für europäische und transnationale Governance, wo er seine Erfahrungen nutzt, um Studierende und Politikfachleute über die Zwänge und die Dynamik der Entscheidungsfindung in den einschneidenden Augenblicken einer Krise zu unterrichten.

Das Zeugnis der italienischen Studentin Mathilde Paoli zum Thema „Auf der Suche nach der europäischen Bürgerschaft in den Beständen des HAEU“ bietet eine überzeugende Begründung für die weitere Integration, wobei die Aussagen ihrer Kommilitonen den Mehrwert der europäischen Bürgerschaft noch bekräftigen. Unter anderem heißt es, dass es darum gehe, Teil einer Gemeinschaft zu sein, überzeugende Werte zu teilen und im Hinblick auf eine bessere Zukunft Probleme gemeinsam anzugehen. Ein anderer Student, Riccardo Debrilli, schreibt über einen aufschlussreichen Vortrag, den ein ehemaliger Kollege, Richard

Corbett, vor Masterstudenten an der Universität LUISS in Rom gehalten hat, und frühere Erasmus-Studenten machen sich Gedanken über tiefgehende Erfahrungen, die ihr Leben geprägt, ihnen neue Denkweisen in Bezug auf die Welt eröffnet und ihnen fächerübergreifende Kompetenzen, praktische Kenntnisse und Netzwerke von unschätzbarem Wert vermittelt haben.

Das Engagement der Bürger im Rahmen von Bildung und Kultur wird als Schlüssel zur Förderung eines Gefühls von europäischer Identität und Zugehörigkeit angesehen, obschon die Bemühungen durch Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten und einen grassierenden Nationalismus ausgebremst werden. Die von dem EHI, dem HAEU und „EP to Campus“ organisierten Programme im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit können jedoch auf allen Bildungsebenen Erfolge vorweisen, wie dies auch aus dieser Veröffentlichung hervorgeht. Indessen findet das Programm Erasmus+ zusammen mit dem erst später ins Leben gerufenen Europäischen Solidaritätskorps und der Initiative „Bürgerinnen und Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ immer stärker Anklang. Umso bedauerlicher ist es daher, dass das Vereinigte Königreich nicht länger an diesen Programmen teilnimmt, in deren Rahmen der Dialog zwischen den Menschen, der für ein friedliches Zusammenleben so wichtig ist, gefördert wird. Proeuropäisch ausgerichtete ehemalige britische Mitglieder leben in der Hoffnung, dass die jungen Menschen im Vereinigten Königreich eines Tages an diesen Programmen uneingeschränkt teilnehmen werden können.

Julie Ward

S&D, Vereinigtes Königreich (2014-2020)

julie4nw@gmail.com

Rezension

Für den kommunikationsaffinen Computer-User waren die damals aufkommenden Plattformen wie Skype ein unerwarteter Segen, konnte man doch endlich ohne die lokal anfallenden Telefonrechnungen nun fast gratis und nahezu formlos rund um den Globus telefonieren und Nachrichten austauschen, zunächst nur als SMS; nicht viel später gab es bereits Bildübertragungen. Mit WhatsApp änderte sich die Cyber-Welt ein weiteres Mal grundlegend.

Das Aufkommen der sog. sozialen Medien wie Facebook, Twitter und Instagram hat letztlich die Art, wie Menschen miteinander kommunizieren, ein weiteres Mal grundlegend verändert. Sie erlauben es, Texte wie Bilder und Videos einfach mit anderen zu teilen, zu bewerten und eigene Meinung zu transportieren.

Hinter diesem Angebot trat allerdings der eigentliche Zweck all dieser Systeme in den Hintergrund, bzw. wurde von den Nutzern gar nicht erst wahrgenommen – und falls doch – hinsichtlich der Auswirkungen meist abgetan mit Worten wie „Ich habe doch nichts zu verbergen“. Es blieb ja – rein objektiv gesehen – auch nur eine Alternative: entweder die sog. „Datenschutzbestimmungen“ durch reines Tätigwerden zu akzeptieren oder sich aus einer Teilhabe an der weltweiten Kommunikation vollends zu verabschieden. Dieses Dilemma lebt nun in vielerlei Gestalt fort. Effekte sind weltweit operierende Tech-Giganten, die nahezu alles in den Griff bekamen, was irgendwie zu Geld zu machen ist.

Michael Detjen und Rudolf Tillig haben mit ihrem Aufsatz „Die Monetarisierung von Daten: Warum individuelle Eigentumsrechte dringend erforderlich sind“ im Sammelband „Digitalisierung und Digitalität“⁵ den Finger in die Wunde gelegt. Denn sie sehen die Parität, die allerdings in kapitalistischen Systemen selten gegeben ist, dadurch eklatant verletzt, dass die Datengeber für das nahezu lückenlose Zurverfügungstellen ihrer persönlichen Daten mit den Peanuts des kommunizieren Dürfens (derzeit noch(!) weitgehend zum Nulltarif) abgespeist werden. Sie vergleichen die aktuelle Situation mit derjenigen, in der sich die aufkommende Arbeiterschaft des 19. Jahrhunderts gegenüber den Fabrikbesitzern befand und fordern von daher angemessene monetäre Lösungen für den Verkauf persönlicher Daten an Dritte. Deren Form lassen die Autoren noch offen, deuten allerdings an, dass es aufgrund des Machtgefälles zwischen Dateninhaber und Datennutzer kaum solche auf individueller Basis geben könne. Es bedürfe einer „Arbeiterbewegung 2.0“, diesmal also die Verhandlung nicht über den Wert der körperlichen Arbeitskraft, sondern über den Wert individueller Daten, die kollektive Regelungen als Ergebnis haben müsste.

Das Thema ist hochaktuell wie nie zuvor ebenso wie die Zahl der Orte, wo überall dieser „Datenklau“ stattfindet, inzwischen unüberschaubar geworden ist – in den sozialen Netzwerken, auf den Online-Marktplätzen aber z.B. auch bei Autobauern wie Tesla. Die Verletzungen des Eigentumsrechts, des Datenschutzrechtes und Urheberrechts, so Tillig und Detjen, finden global statt. Dies wirksam zu unterbinden sind die Menschen wie die Politik

⁵ Digitalisierung und Digitalität – Interdisziplinäre Einblicke in technische Möglichkeiten und gesellschaftliche Phänomene, Hrs.g. Feiten und Stahlschmidt, Frank & Timme Verlag, 1. Aufl. Berlin 2024, ISBN 978-3-7329-1037-3

aufgefordert. Regelungen werden nur dann die nötige Wirkung entfalten, wenn sie supranational getroffen werden z.B. als UN Global Compact oder mindestens auf der EU-Ebene. Sie müssen schnell handeln, denn die Entwicklung von KI-Systemen galoppiert. Zu erwartende negative Folgen müssen eingefangen, der Wert des Individuums unter Berücksichtigung der allgemeinen Menschenrechte neu bestimmt werden. Der Aufsatz kommt zur rechten Zeit.

Dr. Paul Rübige

EVP, EVP-ED, EVP, Österreich
(1996-1999, 1999-2009, 2009-2019)

office@paulruebig.eu

Europas Zukunft bauen von Nadia Calviño

Die Europäische Union hat in den letzten fünf Jahren äußerst turbulente Zeiten erlebt: angefangen mit der COVID-19-Pandemie über Russlands Angriff auf die Ukraine, auf den ein Energieschock, Inflation und steigende Zinsen folgten, bis hin zu den zunehmenden Auswirkungen des Klimawandels und der Dringlichkeit seiner Bekämpfung sowie der an Tempo zunehmenden Digitalisierung.

Dank des koordinierten und entschlossenen Einsatzes der EU an sehr unterschiedlichen Fronten – von der Gesundheit über die Finanzen bis hin zu Sicherheit und Verteidigung – konnten wir die verschiedenen Herausforderungen, mit denen wir uns konfrontiert sahen, bewältigen und einmal mehr zeigen, dass wir gemeinsam stärker sind.

Die EIB-Gruppe hat eine Schlüsselrolle bei der Mobilisierung von Ressourcen für Investitionen in unsere gemeinsamen Prioritäten gespielt, und angesichts eines sich wandelnden politischen und wirtschaftlichen Umfelds werden wir auch in den kommenden Jahren weiterhin in großem Umfang investieren müssen.

Diese Botschaft wurde von den europäischen Staats- und Regierungschefs einhellig vermittelt, und die EIB-Gruppe soll ihrer Vorstellung nach eine noch bedeutendere Rolle dabei spielen, die Investitionslücke in Europa zu schließen, die Produktivität, den sozialen und territorialen Zusammenhalt, den Klimaschutz, den Frieden, die Sicherheit und die offene strategische Autonomie zu fördern, auf globale Herausforderungen zu reagieren und die Stimme der EU im neuen geopolitischen Kontext zu stärken.

Auf der Grundlage dieser Ziele wurde ein [strategischer Fahrplan](#) mit acht Kernprioritäten ausgearbeitet, der kürzlich von den Finanzministern der 27 Mitgliedstaaten gebilligt wurde. Wir haben vereinbart, dass die Förderung des Klimaschutzes die oberste Priorität der EIB-Gruppe bleiben wird. Wir werden weiterhin mehr als die Hälfte der jährlichen Finanzmittel der EIB-Gruppe für Klimaschutzmaßnahmen bereitstellen und bis 2030 grüne Investitionen mit mindestens 1 Billion EUR unterstützen. Nicht nur, weil es richtig ist, das zu tun: Wir alle wollen schließlich einen bewohnbaren Planeten für uns und unsere Kinder. Nein, auch weil es intelligent ist, die Energierechnungen für Haushalte zu senken, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen zu steigern und unsere Volkswirtschaften vor Energiepreisschocks zu schützen, wie wir sie im Anschluss an die russische Invasion in die Ukraine erlebt haben.

Wir haben ferner vereinbart, dass die EIB-Gruppe ihre Unterstützung für Digitalisierung und neue Technologien ausbauen wird, indem sie einen eigenen „Strategic Tech-EU“-Fonds einrichtet, um Bereiche wie künstliche Intelligenz, Quanteninformatik, Mikrochips und Biowissenschaften zu finanzieren. Denn wir alle wissen, dass unser künftiger Wohlstand von Innovation und Produktivitätswachstum abhängt, was eine erhebliche Aufstockung unserer Investitionen in die Technologien der Zukunft erfordert.

Die Prioritätenliste umfasst auch eine verstärkte Unterstützung der Landwirtschaft und der Bioökonomie. Die europäischen Landwirte sind sich bereits dessen bewusst, dass sie sich auf die Bank der Europäischen Union verlassen können. Von [Bewässerungsprojekten in](#)

[Griechenland](#) bis hin zur Erleichterung des Zugangs [rumänischer Landwirte](#) zu Finanzmitteln – die EIB-Gruppe hat diesbezüglich bereits umfangreiches Fachwissen aufgebaut, und weitere Leitinitiativen sind geplant.

Und nicht zuletzt sind wir entschlossen, einen Beitrag zu einer modernen Kohäsionspolitik zu leisten, denn Kohäsion bildet zusammen mit Klimaschutz und Konkurrenzfähigkeit die dritte Seite des „Dreiecks der drei K“.

Kohäsion bedeutet, dort Chancen zu schaffen, wo Talent vorhanden ist, und deshalb haben unsere Anteilseigner vereinbart, dass die EIB weiterhin mit beinahe der Hälfte ihrer jährlich verfügbaren Mittel Projekte in EU-Regionen mit einem niedrigeren Pro-Kopf-Einkommen finanzieren wird. Dies ist nicht nur eine solide Politik, die für die Bewältigung wirtschaftlicher Herausforderungen wie des Fachkräftemangels von entscheidender Bedeutung ist, sondern auch eine gute Politik, da Chancenungleichheit Unzufriedenheit unter Wählerinnen und Wählern aufkommen lässt.

Gleichberechtigung und Gerechtigkeit sind nicht nur für das Verhältnis der Mitgliedstaaten *untereinander*, sondern auch *innerhalb* der Mitgliedstaaten von entscheidender Bedeutung. Daher haben wir mit unseren Anteilseignern vereinbart, unsere Anstrengungen zur Förderung von Investitionen in soziale Infrastruktur wie Gesundheitsversorgung, allgemeine und berufliche Bildung und Wohnraum zu verdoppeln, die allesamt zu den zentralen Herausforderungen gehören, denen alle Mitgliedstaaten gegenüberstehen.

Es liegt auf der Hand, dass keines dieser Ziele in einem unsicheren Umfeld erreicht werden kann. Die sich verändernde geopolitische Lage hat die Dringlichkeit, mehr für Europas Verteidigung und Sicherheit zu tun, verstärkt. Nach umfassenden Konsultationen mit unseren wichtigsten Interessenträgern hat die EIB entsprechend dem *einstimmigen Mandat*, das ihr von den Staats- und Regierungschefs der EU erteilt wurde, bereits ihren [Rahmen](#) für die Kreditvergabe für Technologien und Infrastrukturen mit doppeltem Verwendungszweck überarbeitet und gleichzeitig ihre Finanzierungskapazität gesichert.

Die EIB-Gruppe ist fest entschlossen, den Einsatz von Finanzierungs- und Beratungsdiensten zu beschleunigen, mit denen sich die europäischen Abschreckungskapazitäten, sei es in Form von [Häfen für unsere Marine](#) oder [Drohnen](#) und [Satelliten](#) zur Aufklärung, stärken lassen. Aber Sicherheit geht weit darüber hinaus: Sie bedeutet auch die Wahrung von Frieden und Wohlstand in unserer Nachbarschaft sowie die Anpassung an die Erderwärmung.

Ihre Tätigkeiten außerhalb der EU wird die EIB-Gruppe auf die Ukraine und einen erfolgreichen Erweiterungsprozess sowie auf wirkungsorientierte Maßnahmen in der Nachbarschaft der EU konzentrieren. Europa ist nicht allein in der Welt, weshalb wir Investitionen in Afrika, unserem Nachbarkontinent, und andere im Rahmen der Global-Gateway-Initiative der EU geförderte Projekte als konkrete Beiträge zu unserem kollektiven Wohlergehen unterstützen.

Darüber hinaus wird die EIB-Gruppe als Finanzierungseinrichtung der EU künftig eine weitaus aktivere Rolle bei der Einführung neuartiger Finanzinstrumente spielen, auf deren Grundlage sich unsere Kapitalmarktunion vertiefen lässt. Keine Regierung in Europa – egal ob politisch links, rechts oder in der Mitte – begrüßt es, wenn unsere vielversprechendsten Innovatoren

Europa verlassen, weil es ihnen hier an einer zuverlässigen Finanzierung für die Expansion ihrer Geschäftstätigkeit fehlt. Wir müssen künftig **mehr tun, um Europas Kapital in vollem Umfang zu nutzen**, und dies erfordert die Vollendung unseres Binnenmarkts und die Schaffung einer echten Kapitalmarktunion.

Die oben genannten Bereiche werden in den kommenden Jahren als Richtschnur für Investitionsentscheidungen dienen. Die einstimmige Zustimmung der Anteilseigner der EIB, sprich der Regierungen der EU-Mitgliedstaaten, macht deutlich, dass es ihnen trotz oft angespannter und lauter Wahlkämpfe gelingt, in ihrer Vielfalt geeint zu bleiben und sich für eine gemeinsame Zukunft im Geiste der Einheit, Entschlossenheit und Solidarität einzusetzen. Entscheidend ist, dass der erzielte Konsens deutlich macht, dass Parteipolitik guten politischen Maßnahmen nicht im Wege steht.

Seit ihrer Gründung hat die EU immer wieder unter Beweis gestellt, dass sie in der Lage ist, durch raue Gewässer zu navigieren. In den vergangenen Jahren konnten wir beispiellose Herausforderungen bewältigen. Was auch immer die Zukunft bringen wird: Gemeinsam werden wir auch weiterhin erfolgreich sein und Europas Rolle als die eines Leuchtturms des Friedens, des Wohlstands und der Menschenrechte in unserer sich neu formierenden Welt festigen.

Nadia Calviño

Präsidentin des Europäischen
Investmentbank

Gezielte Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2024

Vom 6. bis 9. Juni 2024 begaben sich Hunderte Millionen Europäer ins Wahllokal, um ihre Stimme bei der Wahl zum Europäischen Parlament abzugeben. Für Europäer handelt es sich dabei um eine entscheidende Ausübung ihrer demokratischen Grundrechte. Für verschiedene feindselige externe Akteure dagegen ergibt sich dadurch die Möglichkeit, die Demokratie und ihre Prozesse zu untergraben. Eine der am häufigsten verwendeten Taktiken ist die Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland. Mit der Taktik wird darauf abgezielt, europäische Werte zu untergraben, Misstrauen zu verbreiten und Polarisierungen im gesellschaftlichen Diskurs zu erwirken.

Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsident der Kommission, Josep Borrell, betonte vor der Wahl zum Europäischen Parlament, dass der Wahlprozess und im weiteren Sinne die öffentliche Debatte in Europa vor perfiden externen Akteuren, die Europa scheitern sehen möchten, geschützt werden müsse. Dafür muss Verständnis dafür geschaffen werden, dass Tätigkeiten der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, die auf Wahlen abzielen, einen langen Prozess darstellen, der lange vor der eigentlichen Stimmabgabe beginnt. Es handelt sich um ein weitreichendes und langwieriges Verfahren der Einflussnahme, des Anheizens von schädlichen, irreführenden Narrativen und der Vergiftung der öffentlichen Debatte – alles vor, während und nach dem Wahltag.

Aufbauend auf den Lehren, die aus früheren Wahlen zum Europäischen Parlament gezogen wurden, begann der EAD bereits im Jahr 2019, das Europäische Parlament bei dessen Bemühungen, die Integrität der Wahl zum Europäischen Parlament 2024 sicherzustellen, zu unterstützen. Viele der Tätigkeiten zur Bekämpfung der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland erfolgen seitdem kontinuierlich. Das Instrumentarium der EU gegen Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland deckt vier Schlüsselbereiche ab, die von der Lageerfassung bis zu diplomatischen Reaktionen reichen. Das Instrumentarium bietet ein breites Spektrum von Instrumenten, die bei einheitlicher Verwendung einen soliden und umfassenden Rahmen für die Bekämpfung von Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland bilden, auch im Rahmen von Wahlen. Wie in den [Schlussfolgerungen des Rates](#) zum Thema „Demokratische Resilienz“ dargelegt, wird durch das Instrumentarium ein bedeutender Beitrag zu einem umfassenden Ansatz geleistet, indem für aufeinander abgestimmte Reaktionen gesorgt und die allgemeine Resilienz der EU gestärkt wird. Auf dieser Grundlage basieren die Tätigkeiten des EAD vor, während und nach Wahlen auf vier wichtigen Säulen: stärkere Lageerfassung, erhöhte Sensibilisierung und Stärkung der Resilienz, engere interinstitutionelle Zusammenarbeit und Bereitschaft sowie verstärkte Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedstaaten, auch durch das Schnellwarnsystem ([RAS](#)).

Wichtige Beobachtungen

In den Monaten vor der Stimmabgabe versuchte das russische System für Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland, den Informationsraum systematisch und wiederholt zu verseuchen, um Narrative zur Förderung bzw. Diskreditierung bestimmter Kandidaten oder Parteien zu verbreiten, die Legitimität des Wahlprozesses selbst zu untergraben und das Misstrauen in Wahlen allgemein zu fördern. In einer Reihe von auf der Website [EUvsDisinfo](#) veröffentlichten Artikeln hat der EAD wichtige Taktiken, Techniken und Verfahren vorgestellt, die von krenlfreundlichen Manipulatoren und Desinformationsquellen genutzt werden, um Einfluss auf die Wahl zum Europäischen Parlament zu nehmen. Es wurden Versuche unternommen, [Staats- und Regierungschefs zu verleumden](#), [Misstrauen, Zweifel und Spaltung zu säen](#), [soziale Medien mit Unwahrheiten zu fluten und die Öffentlichkeit gegen die Ukraine aufzubringen](#), [Russlands eigene Mängel auf die EU zu projizieren, um von der Realität in Putins Russland abzulenken](#), und schlussendlich die [Ergebnisse abzuweisen und Keile einzuschlagen](#).

Im gesamten Zeitraum der Wahl zum Europäischen Parlament stellte der EAD zusammen mit der Kommission und dem Europäischen Parlament keinen größeren Versuch der Informationsmanipulation fest, mit dem die Wahl in den Tagen vorher, in den wichtigsten Wahltagen vom 6. bis 9. Juni oder in der Zeit unmittelbar nach der Wahl gestört oder erheblich gefährdet hätte werden können. Dennoch wurde in diesem Zeitraum ein Anstieg der Vorfälle der Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland beobachtet, wobei dies erwartet wurde und entsprechende Vorkehrungen getroffen wurden. Das System Russlands für Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland erhöhte seine Aktivität, wobei der Höhepunkt am Wochenende vom 6. bis 9. Juni bzw. 72 Stunden vor der Schließung der Wahllokale erreicht wurde. Dies steht gänzlich im Einklang mit den Ergebnissen des [zweiten Berichts des EAD über Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland. In den Tagen der Stimmabgabe nahm die Aktivität der krenlfreundlichen Kampagne „Doppelgänger“ in dem Versuch, Einfluss auf die Wahl zum Europäischen Parlament zu nehmen, zu. Dabei wurden renommierte Medien imitiert und Artikel zur Verbreitung polarisierender Inhalte veröffentlicht und vervielfältigt, um politische Spannungen in den Mitgliedstaaten auszunutzen, Euroskeptizismus zu fördern und bestimmte politische Einheiten und Regierungen zu untergraben und andere zugleich augenscheinlich zu unterstützen.](#)

Diese Wahl zum Europäischen Parlament war ein wichtiger Test für die Resilienz und die Vorkehrungen gegen Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland sowie gegen Desinformation. Dank der [ausgezeichneten interinstitutionellen Zusammenarbeit](#), durch die eine solide Lageerfassung sowie gemeinsame Informationen und Systeme ermöglicht wurden, waren die EU-Institutionen sehr gut auf eine mögliche Notwendigkeit eines koordinierten Vorgehens gegen jegliche groß angelegte Versuche der Einflussnahme vorbereitet. Akteure und Netzwerke, die Desinformationen verbreiten, investieren langfristig in Bemühungen, um das Vertrauen in Institutionen und demokratische Prozesse zu untergraben und die öffentliche Debatte zu verzerren. Der EAD wird der Informationsmanipulation deshalb weiterhin entgegenwirken und entsprechende Vorkehrungen treffen. Er wird dabei eng mit den EU-Institutionen, Mitgliedstaaten und Partnern sowie dem breiter gefassten Spektrum an Gegnern der Informationsmanipulation

und Einflussnahme aus dem Ausland in der Zivilgesellschaft, einschließlich des kürzlich eingerichteten [Informationsaustausch- und analysezentrums für Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland](#), zusammenarbeiten.

Stefano Sannino

Generalsekretär

Europäischer Auswärtiger Dienst

Stefano.SANNINO@eeas.europa.eu

Wer soll Frankreich im Europäischen Rat vertreten?

Frankreich erlebt derzeit eine völlig neue politische Situation, die unerwartete Auswirkungen auf seine Vertretung im Europäischen Rat haben dürfte.

Es stellt sich die Frage, wer Frankreich im Europäischen Rat vertreten soll?

Der derzeitige Vertreter der Französischen Republik im Europäischen Rat ist der Präsident der Republik in Anwendung einer Praxis, die auf Präsident Valéry Giscard d'Estaing zurückgeht, der den Europäischen Rat am 10. Dezember 1974 in Paris ins Leben rief und ihn an die Stelle der früheren „europäischen Gipfeltreffen“ setzte.

Damals setzten sich die europäischen Gipfel aus den Regierungschefs zusammen, und wenn Präsident Giscard d'Estaing gefragt wurde, wer Staatsoberhaupt sei, antwortete er: „*Ich bin der Regierungschef, weil ich den Vorsitz führe*“.

Die demokratischen Grundsätze der Europäischen Union verlangen nun aber, dass die Vertreter der Staaten im Europäischen Rat demokratisch rechenschaftspflichtig sind: Dies ist beim Präsidenten der Französischen Republik nicht der Fall.

Die demokratischen Anforderungen der Europäischen Union sind im Vertrag über die Europäische Union (EUV) in Titel II über die demokratischen Grundsätze festgelegt, und in Bezug auf den Europäischen Rat und den Rat heißt es in Artikel 10-2 Absatz 2 EUV: „*Die Mitgliedstaaten werden im Europäischen Rat durch ihre Staats- und Regierungschefs und im Rat durch ihre Regierungen vertreten, die ihrerseits entweder gegenüber ihren nationalen Parlamenten oder gegenüber ihren Bürgern demokratisch verantwortlich sind.*“

Nun besagt Artikel 67 der französischen Verfassung, dass der Präsident der Republik „*für die in dieser Eigenschaft vorgenommenen Handlungen nicht verantwortlich ist*“; Dieser Artikel bestätigt einen alten Grundsatz der Verantwortungslosigkeit des Staatsoberhauptes, der aus früheren Republiken und sogar aus der Monarchie stammt: *‘ Der König kann nichts falsch machen ‘*.

Dieser allgemeine Grundsatz der Unverantwortlichkeit unterliegt zwei Ausnahmen: Verfolgung vor dem Internationalen Strafgerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Artikel 53-2 der Verfassung) und Amtsenthebung durch das als Hoher Gerichtshof konstituierte Parlament (Zweidrittelmehrheit der eingeschriebenen Wähler) „*im Falle einer Pflichtverletzung, die mit der Ausübung seines Mandats offensichtlich unvereinbar ist*“ (Artikel 68 der Verfassung), die also nicht auf politische Handlungen abzielt.

Da er weder dem nationalen Parlament noch den Bürgern gegenüber demokratisch verantwortlich ist, kann der Staatspräsident Frankreich meiner Meinung nach nicht im Europäischen Rat vertreten.

Nur der Regierungschef, d. h. der Premierminister, der zusammen mit seiner Regierung der Nationalversammlung demokratisch verantwortlich ist, kann nach dem derzeitigen Stand der Verfassung und der Einhaltung der demokratischen Anforderungen an das Funktionieren der EU die Französische Republik im Europäischen Rat vertreten.

Anekdotisch betrachtet wurde die Französische Republik beim Europäischen Rat durch ihren Präsidenten vertreten, und zwar ununterbrochen seit der Gründung des Europäischen Rates am 10. Dezember 1974 außer während der drei Kohabitationsperioden (1986-1988, 1993-1995, 1997-2002), in denen es zu der einzigartigen Situation kam, dass Frankreich bei den Sitzungen des Europäischen Rates und damit auch bei den anschließenden Pressekonferenzen mit zwei Vertretern erschien: dem Staatsoberhaupt und dem Regierungschef.

Seit der Zeit der Kohabitation, in der Frankreich mit zwei Vertretern im Europäischen Rat auftrat, sind jedoch drei wichtige politische Entwicklungen eingetreten:

- seit dem Vertrag von Lissabon von 2009 kann ein Staat im Europäischen Rat nur noch durch eine Persönlichkeit vertreten sein: Wer wird das sein - Staatspräsident oder Premierminister?
- das Ergebnis der Europawahl in Frankreich am 9. Juni 2024 enthält die Botschaft von Wünschen nach neuen, weniger föderalistischen europäischen Leitlinien: Wie kann das französische Staatsoberhaupt politisch weiterhin politische Leitlinien im Europäischen Rat außerhalb jeglicher demokratischer Kontrolle festlegen, ohne das Ergebnis der Europawahl in Frankreich zu berücksichtigen?

- im Europäischen Rat werden zahlreiche Themen behandelt (Landwirtschaft, Industrie, Handel, Energie, Haushalt, Grenzen, Einwanderung, Sicherheit usw.), die in den Zuständigkeitsbereich der Regierung der Staaten fallen und die, was Frankreich betrifft, nicht mehr als „ *auswärtige Angelegenheiten, die in der Praxis in den reservierten Bereich des Präsidenten der Französischen Republik fallen* “ bezeichnet werden können.

Wer wird also Frankreich im Europäischen Rat vertreten? Wir hoffen, dass die beiden Inhaber der höchsten politischen Ämter der Französischen Republik eine Lösung vorschlagen und finden werden. Europäische Angelegenheiten sind keine auswärtigen Angelegenheiten mehr.

Jean-Pierre Audy

ehemaliger Abgeordneter
des Europäischen Parlaments,
der in Frankreich gewählt wurde

Die erste Wahl in Großbritannien seit dem Austritt aus der EU

Die Labour-Partei gewann 412 der 650 Sitze im Unterhaus, erhielt jedoch nur 34 % der Stimmen.

Das britische Wahlsystem (Mehrheit in den Einzelwahlkreisen) führt immer zu einer unverhältnismäßig hohen Anzahl von Sitzen für die Parteien mit den meisten Stimmen. Diesmal fiel dieser Umstand besonders ins Gewicht, weil der Stimmenanteil der Konservativen massiv einbrach (auf nur 24 %, was ihnen 121 Sitze einbrachte) und weil ungewöhnlich viele Stimmen an kleinere Parteien gingen – an die Liberaldemokraten, die Partei Reform UK (die Nachfolgepartei von UKIP), die Grünen und einige unabhängige Kandidaten, die sich auf einer Pro-Gaza-Plattform aufstellen ließen. Von diesen Parteien gewannen nur die Liberaldemokraten eine nennenswerte Anzahl von Sitzen (72), was zum Teil darauf zurückzuführen ist, dass Labour-Anhänger ihnen ihre Stimme in Wahlkreisen „geliehen haben“, in denen sie die besseren Chancen hatten, den Kandidaten der Konservativen zu besiegen. Vor dem Hintergrund des Aufstiegs rechtsextremer Parteien in ganz Europa war es bemerkenswert, dass die Partei Reform UK 14 % der Stimmen erhielt (was allerdings nur 5 Sitze ausmachte). In Schottland brach die für eine Unabhängigkeit Eintretende SNP auf lediglich 9 Sitze ein.

Noch im Jahr 2019 gewannen die Konservativen mit 43 % der Stimmen eine klare Mehrheit der Sitze, während 53 % für die verschiedenen Parteien gestimmt hatten, die ein neues Referendum forderten, durch das der Brexit hätte verhindert werden können. Diesmal stimmten etwa 60 % der Wähler für diese Parteien. Über vier Fünftel der neu gewählten Abgeordneten sprachen sich beim Referendum im Jahr 2016 gegen den Brexit aus. In diesem neuen Parlament ist die Voreinstellung der meisten Abgeordneten gegenüber Europa naturgemäß positiv.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Antrag Großbritanniens auf Wiedereintritt in die EU in absehbarer Zeit auf der Tagesordnung stehen wird. Im Wahlkampf war der Brexit der Elefant im Raum. Die Konservativen wagten es nicht, ihren „Erfolg“ zu erwähnen, weil die Öffentlichkeit den Brexit inzwischen als Fehler ansieht (einigen Umfragen zufolge würden über 60 % der Menschen für einen Wiedereintritt stimmen, wenn jetzt ein Referendum abgehalten würde). Auch die Labour-Partei traute sich noch nicht an das Thema heran – sie hätte Stimmen in einigen traditionsbewussten Labour-Gebieten verlieren können, in denen der Brexit unterstützt wurde. Labour gab keine Zusage ab, der EU wieder beizutreten, und erklärte, keine Pläne zu verfolgen, der Zollunion oder dem Binnenmarkt beizutreten.

Tatsächlich erklärte die Labour-Partei, dass sie um bessere und ehrgeizige Beziehungen zu den europäischen Partnern bemüht sein werde. Insbesondere wird sie dabei folgende Ziele verfolgen:

den Abbau von Hemmnissen für den Handel zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU, die auf die Unzulänglichkeiten des von Boris Johnson ausgehandelten Handelsabkommens zurückzuführen sind. Dies würde unter anderem ein Veterinärabkommen, die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen, eine

Befreiung von der Visumpflicht für Künstler auf Reisen (insbesondere für Musiker und Schauspieler) und eine Angleichung der Rechtsvorschriften mit einschließen;
einen Status als assoziiertes Mitglied oder Beobachter bei einigen EU-Agenturen wie Europol;
die Aushandlung eines Sicherheitsabkommens mit der EU. Dies könnte angesichts der Lage in der Ukraine und insbesondere bei einer Wiederwahl von Donald Trump in den USA von großer Bedeutung sein. Der Begriff der Sicherheit wäre im weitesten Sinne zu verstehen: Es ginge nicht nur um eine militärische Zusammenarbeit, sondern auch um Sanktionen, Cybersicherheit, Terrorismusbekämpfung, die Bekämpfung des Menschenhandels, die Bekämpfung des Klimawandels usw.;

das Bekenntnis zu der gemeinsamen Verpflichtung, bis 2050 emissionsneutral zu werden, und zwar durch eine Zusammenarbeit bei Klima- und Energiefragen (mutmaßlich auch mithilfe von grenzüberschreitenden Verbindungsleitungen und CO₂-Ausgleichsmechanismen).

Die Gegebenheiten in einer Regierung könnten die Labour-Partei jedoch dazu zwingen, noch weiter zu gehen. Die größte Herausforderung, vor der die Partei steht, sind die Wirtschaft und der katastrophale Zustand der öffentlichen Finanzen. Angesichts einer Verschuldung und Steuerlast, die so hoch sind wie sie es zuletzt in den 1940er Jahren waren, wurde der Wahlkampf von Debatten darüber geprägt, ob es möglich wäre, hier 3 Mrd. Pfund oder dort 4 Mrd. Pfund zusätzlich auszugeben oder einzusparen. Diese Zahlen werden noch durch die 40 Mrd. Pfund an entgangenen Steuereinnahmen pro Jahr, die auf den Brexit zurückzuführen sind, in den Schatten gestellt. Ebenso kann die Labour-Partei, wenn sie das Wirtschaftswachstum ankurbeln will, die Handelsverluste, die zusätzlichen Kosten für Unternehmen und den fünfprozentigen Verlust beim BIP infolge des Austritts aus dem Binnenmarkt nicht außer Acht lassen.

Wenn sich die Labour-Regierung durch reale Umstände gezwungen sieht, weiter zu gehen und eine vollständige Angleichung an die Normen des Binnenmarktes oder einen Wiedereintritt in die Zollunion anzustreben, wird sie feststellen, dass dies Anklang findet. Durch das Schweigen zum Brexit im Wahlkampf konnte vermieden werden, dass die Frage zu einem brisanten Streitthema zwischen den beiden wichtigsten Parteien ausuferte, wodurch bestehende Einstellungen hätten verfestigt werden können. Stattdessen könnte das Schweigen zu diesem Thema dazu beigetragen haben, dass sich die öffentliche Meinung weiterhin unaufhaltsam zugunsten eines Wiedereintritts in die EU verändert. Wenn dem so wäre, sollten kleinere Schritte sicherlich einfacher sein.

Richard Corbett

Ehemaliger Vorsitzender der Labour-Partei im Europäischen Parlament

PES (1996-2009), S&D (2009-2019),

Vereinigtes Königreich

rc@richardcorbett.org.uk

Was uns die Wahlen in Europa für die Wahl in Amerika sagen – Eine Betrachtung aus Washington

Fast die Hälfte der Weltbevölkerung hat 2024 die Möglichkeit, wählen zu gehen – angefangen bei Bangladesch im Januar bis hin zu Ghana im Dezember. Mehr als 60 Länder sowie die Europäische Union öffnen dieses Jahr ihre Wahlurnen, wobei mehr als eine Milliarde Menschen rund um den Globus ihre Stimme bereits abgegeben haben. Veränderungen, die von den Bürgern auf der ganzen Welt heute angestoßen werden, werden noch über Generationen nachhallen. Schon jetzt zeichnen sich in diesem Zusammenhang vielerorts vergleichbare Muster ab, die vor allem gleich gesinnte repräsentative Demokratien wie Europa und die Vereinigten Staaten betreffen. So lässt sich zunächst beobachten, dass die Ausübung eines politischen Amtes – unabhängig von der eigenen politischen Überzeugung – keine Annehmlichkeit mehr bedeutet, sondern vielmehr das Gegenteil der Fall ist. Zudem ist die Tendenz erkennbar, dass wir die Unversehrtheit unserer demokratischen Einrichtungen als selbstverständlich erachten und uns dadurch selbst gefährden. Und schließlich müssen wir feststellen, dass Wahlprozesse mittlerweile allseits durch Interventionen ausländischer Akteure und Desinformation geprägt sind.

Bei der Europawahl wie auch bei den Wahlen im Vereinigten Königreich und in Frankreich hat sich gezeigt, dass ein großer Teil der Wähler mit dem Gefühl zur Urne ging, die Regierung habe versagt. Die Unsicherheit, die infolge des Einmarschs Russlands in die Ukraine, des Kriegs in Gaza und der instabilen Wirtschaftslage weltweit spürbar ist, schlägt sich in der Unzufriedenheit der Wähler nieder. Dafür verantwortlich gemacht wird jene Person oder Partei, die gerade an der Macht ist. Dies wiederum hat häufig zur Folge, dass politische Randerscheinungen oder extremistische Stimmen erstarken, auch wenn es ihnen nicht gelingt, die Mehrheit der Sitze für sich zu beanspruchen oder Regierungskoalitionen zu bilden. In den Vereinigten Staaten war eine Wahlniederlage des amtierenden Präsidenten, Joe Biden, so gut wie gewiss, bevor er sich aus dem Rennen zurückzog. Als neue Hoffnungsträgerin der Demokratischen Partei vollführt nun Vizepräsidentin Kamala Harris den Drahtseilakt, bestimmte Teile der Politik der Biden-Regierung, die bei den Wählern auf Zuspruch stoßen, aufzugreifen und sich gleichzeitig von anderen Teilen zu distanzieren. Trump indes tut in seinem Wahlkampf so, als wäre das Land die letzten drei Jahre von ihr regiert worden. In Staaten wie Pennsylvania oder Michigan etwa, die wahlentscheidend sind, wird den Wählern die Frage gestellt: „Geht es Ihnen jetzt besser als vor vier Jahren?“ Antworten genügend Wähler mit „Nein“, wird Harris die politischen Folgen zu spüren bekommen, wie es ein amtierender Präsident täte.

Unmittelbar aus dieser offenkundigen Anspannung der Wählerschaft ergibt sich eine Stimmungslage, in der extremistische Botschaften und Parteien, die vorgeblich einfache Lösungen für komplexe Probleme bieten, Resonanz finden und Fuß fassen. Wenn der Preis in der Aushöhlung der demokratischen Institutionen liegt, das, was man dafür bekommt, aber eine Gesellschaft ist, die wirtschaftliche Sicherheit sowie Schutz für Leib und Leben verspricht, dann sind immer mehr Bürger bereit, diesen Preis zu zahlen. In Europa ging es bei dem, was vermittelt wurde, häufig um Theorien im Zusammenhang mit Einwanderung und Vertreibung, und in den Vereinigten Staaten sieht es nicht anders aus. Während in der Vergangenheit Randideologien im politischen Diskurs als Nebensache behandelt wurden, haben sie sich in der Politik westlicher Demokratien mittlerweile als normalisiertes und toleriertes politisches

Dogma etabliert. Zu dieser Denkweise gehört oftmals auch, dass politische Gewalt als Mittel zum Zweck in Kauf genommen wird. Der Wahlkampf in den USA geht auf die Zielgerade, und wir erleben, dass es in einem noch nie dagewesenen Maße zu Gewaltausdrücken gegen aufgestellte Kandidaten, mit der Wahl befasste Verwaltungsbeamte und sogar ehrenamtliche Helfer in den Wahllokalen kommt. Diese erschreckenden Verhaltensmuster gehen damit einher, dass es immer mehr Wähler gibt, die Zweifel an der Integrität des Wahlsystems und der Unantastbarkeit der abgegebenen Stimmen haben – den absolut grundlegenden Elementen einer repräsentativen Demokratie.

Wie wir bei der Wahl zum Europäischen Parlament im Juni zur Genüge beobachten konnten, haben sich böswillige ausländische Akteure wie Russland, Nordkorea, Iran und China mit Erfolg soziale Medien zunutze gemacht, um die erwähnte Unzufriedenheit weiter zu befeuern. In einer sehr umstrittenen Debatte im US-Kongress über weitere Hilfen für die Ukraine waren die von Russland gestreuten Desinformationen so erfolgreich, dass einige derzeitige Mitglieder des Repräsentantenhauses wörtlich zitierten, was russische Akteure über soziale Medien verbreitet hatten. Wir alle stehen vor einem unkontrollierten Podium für bearbeitete Bilder, ungefilterte Propaganda, gefälschte Berichte und KI-generierte Voiceovers. Nur eine gebildete und urteilsfähige Wählerschaft kann hier als Gegenmittel dienen.

Aber nicht alle Lehren, die aus den Wahlen in Europa gezogen wurden, sind entmutigend. So sind die Bürger engagiert, nehmen die Verantwortung, die mit den Bürgerrechten einhergeht, ernst und betrachten ihre Stimme als ein Mittel, ein Bollwerk gegen demokratiefeindliche Bewegungen zu errichten. Daher sieht es ganz danach aus, als würde bei der Wahl im November in den Vereinigten Staaten – wie auch im Juni in der EU – die höchste Wahlbeteiligung seit Jahrzehnten erreicht werden. Und dies ist womöglich die wichtigste Botschaft dieses bislang beispiellosen Wahljahres 2024.

Peter M. Weichlein

CEO der ehemaligen Mitglieder von
Kongressvereinigung (FMC)

PWeichlein@usafmc.org

Handel ist die Grundlage für die Armutsbekämpfung.

Es besteht kein Zweifel, dass die Beziehungen zwischen der EU und China während der laufenden Wahlperiode des Europäischen Parlaments - 2024 bis 2029 - vor vielen Herausforderungen stehen. Auch eine neue Europäische Kommission erbt eine Reihe von Maßnahmen im Zusammenhang mit digitaler Souveränität, De-Risking und strategischer Autonomie im Kontext einiger Maßnahmen, die von der Europäischen Union gegenüber China verfolgt werden. Geopolitische Spannungen sind allgegenwärtig.

Die Beziehungen zwischen der EU und China sind zweifelsohne sehr komplex. Es gibt jedoch eindeutig einige Ähnlichkeiten in der wirtschaftlichen Entwicklung sowohl auf chinesischer als auch auf EU-Ebene. Die Europäische Union ist ein offener Wirtschaftsraum mit einer Bevölkerung von 449 Millionen Menschen, in dem ein Binnenmarkt mit freiem Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr funktioniert. Dieser Ansatz der Offenheit und Transparenz führt zu verstärkten Investitionen in der EU in Übereinstimmung mit regelbasierten internationalen Mechanismen wie der Welthandelsorganisation (WTO). Das globale Engagement war auch für China eine wichtige Triebkraft für Wachstum, Beschäftigung und höhere Wettbewerbsfähigkeit. Unternehmen und Investoren wünschen sich ein höheres Maß an Sicherheit und Vorhersehbarkeit, um ein wirtschaftsfreundlicheres Umfeld zu gewährleisten. Der beste Weg, ein solches Geschäftsklima zu schaffen, sind strukturierte nationale und international vereinbarte Regeln und Prozesse.

Im Jahr 2023 war China mit einem bilateralen Handelsvolumen von 739 Milliarden Euro der zweitgrößte Warenhandelspartner der EU. Im Jahr 2023 beliefen sich die EU-Ausfuhren nach China auf einen Wert von 223,6 Milliarden Euro und die EU-Einfuhren aus China auf 515,9 Milliarden Euro. Aus Sicht der Europäischen Union ist dieses Handelsdefizit nicht akzeptabel. Europäischen Unternehmen muss ein besserer Marktzugang für den Verkauf von Produkten, Waren und Dienstleistungen auf dem chinesischen Markt gewährt werden, da dies zum Teil dazu beitragen würde, das Handelsdefizit der EU zu verringern. Die EU sollte mit China über umfassendere Fragen des Marktzugangs verhandeln. Die Europäische Union sollte nicht nur über den Grundsatz der Gegenseitigkeit sprechen, wenn es um Handelsfragen zwischen der EU und China geht, da der Begriff „Gegenseitigkeit“ einfach ein zu vertraglicher Begriff ist. Der Marktzugang ist eine sehr wichtige Frage im Zusammenhang mit den Regeln für EU-Ausfuhren nach China. Das Geschäfts- und Investitionsumfeld in China muss sich verbessern, wenn das Vertrauen der EU-Investoren gestärkt werden soll. Es sei daran erinnert, dass die EU-Auslandsinvestitionen in China im Jahr 2023 um 29 % gegenüber dem Jahr 2022 zurückgegangen sind.

Generell gilt jedoch, dass eine Steigerung der EU-Exporte in die chinesische Wirtschaft - die zweitstärkste Wirtschaft der Welt - eine Schlüsselrolle bei der Verbesserung der allgemeinen Wirtschaftsleistung der europäischen Wirtschaft selbst spielen kann.

Eine der größten Herausforderungen weltweit ist die Gestaltung des grünen und digitalen Wandels, und zwar auf umweltfreundliche und nachhaltige Weise. Europäische und chinesische Unternehmen sowie Forschungs-, Bildungs- und öffentliche Einrichtungen können enger zusammenarbeiten, um diesen grünen und digitalen Wandel voranzutreiben. Technische Fortschritte können sauberere Energien liefern, die die breitere

Nachhaltigkeitsagenda unterstützen können. Die Digitalisierung der Industrie und des Smart-City-Sektors sollte auf international vereinbarten Standards aufbauen. Wir alle können mehr tun, um ein höheres Niveau der landwirtschaftlichen Produktion zu entwickeln - ein Thema von so großer Bedeutung - da die Weltbevölkerung so schnell wächst. Europäische wissenschafts- und innovationsbasierte Programme sollten für die Teilnahme chinesischer Forscher offen sein. Ebenso sollten chinesische Wissenschaftsprogramme für die Teilnahme europäischer Forscher offen sein. Durch Offenheit und internationale Zusammenarbeit wird ein höheres Maß an Innovation erreicht werden. Dies wird zur Bewältigung der wichtigsten globalen Herausforderungen beitragen, mit denen unsere Gesellschaft konfrontiert ist, wie z. B. schwere Gesundheitskrankheiten und Klimawandel. Die Mitglieder des Ausschusses für Industrie, Technologie, Forschung und Energie (ITRE) des Europäischen Parlaments, die Europäische Kommission und die EU-Regierungen werden in den nächsten Jahren die Regeln für die internationale Beteiligung am RP10 ausarbeiten - dem nächsten EU-Forschungsprogramm, das im nächsten Finanzrahmenzeitraum 2028-2034 laufen wird.

Die geopolitischen Spannungen sind unübersehbar, und sie nehmen nicht ab. Die Europäische Union und China müssen die Bereiche, in denen sie sich nicht einig sind, im Rahmen einer auf internationalen Regeln basierenden Ordnung aushandeln. Sowohl die EU als auch China sollten sich um eine Politik bemühen, die offenen Handel und Investitionen fördert. Es ist zu begrüßen, dass es in letzter Zeit mehr persönliche Kontakte zwischen den Staats- und Regierungschefs der EU und der europäischen Mitgliedstaaten mit der chinesischen Regierung gegeben hat. Ein direkter Dialog von Angesicht zu Angesicht ist sehr wichtig, wenn unsere Differenzen überwunden werden sollen, und solche hochrangigen Treffen sollten in den kommenden Monaten und Jahren fortgesetzt werden.

Godelieve Quisthoudt-Rowohl

EVP, Deutschland (1989-2019)
gqr@quisthoudt.eu

Die Parlamentsreform 2024ⁱ

Zwischen dem 6. und dem 9. Juni 2024 haben fast 51 % der 360 Millionen wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme abgegeben, um die 720 Mitglieder des Europäischen Parlaments zu wählen. Das waren zwar nur 0,5 Prozentpunkte mehr als 2019 (50,5 %), aber es war trotzdem die höchste Wahlbeteiligung der letzten 30 Jahre. Für die Arbeit des neuen Parlaments, das am 16. Juli 2024 offiziell seine Tätigkeit aufgenommen hat, wird es neue interne Vorschriften geben. Sie sind das Ergebnis intensiver Arbeit, die sich über ein Jahr erstreckte.

Am Mittwoch, den 10. April 2024, haben die Mitglieder des Europäischen Parlaments mit 429 zu 148 Stimmen bei 47 Enthaltungen den Bericht über die Umsetzung der Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur Parlamentsreform 2024 angenommen.ⁱⁱ Die neuen Bestimmungen traten am 16. Juli 2024 zu Beginn der konstituierenden Plenartagung des neuen Parlaments in Kraft. Sie wurden von der Arbeitsgruppe Reform des Parlaments („Parlament 2024“) erarbeitet, die im Januar 2023 auf Vorschlag von Parlamentspräsidentin Roberta Metsola von der Konferenz der Präsidenten ins Leben gerufen worden war. Die Arbeitsgruppe setzte sich aus Vertretern aller Fraktionen zusammen und hatte zur Aufgabe, noch vor der bevorstehenden Wahl des Europäischen Parlaments Reformen umzusetzen. Ihre Zielsetzung bestand darin, die internen Arbeitsmethoden des Parlaments und seine Rolle als Institution zu stärken. Über das gesamte Jahr 2023 hinweg hat sich die Arbeitsgruppe Gedanken darüber gemacht, wie Verfahren optimiert werden könnten, um die Effizienz des Parlaments zu steigern. Dem ihr von den Fraktionsvorsitzenden des Europäischen Parlaments erteilten Auftrag folgend prüfte die Arbeitsgruppe mögliche Verbesserungen in den Bereichen Rechtsetzung, Kontrolltätigkeiten, haushaltspolitische Aufgaben und Reform der Plenartagungen.

Hinsichtlich der Reform erklärte Präsidentin Roberta Metsola:ⁱⁱⁱ

„Seit ich gewählt wurde, ist die Modernisierung des Europäischen Parlaments eines meiner größten Anliegen. Wir haben viel Arbeit in diese Maßnahmen gesteckt, die dieses Haus effizienter machen werden. Sobald wir diese Reformen umgesetzt haben, wird das Europäische Parlament ab der nächsten Wahlperiode auf einer viel stabileren Grundlage stehen.“

Ein großer Teil der Reformen hat zum Ziel, das Rechtsetzungsverfahren zu vereinfachen, indem die Zuweisung von Dossiers an die Ausschüsse beschleunigt und das System für den Umgang mit Überschneidungen von Zuständigkeitsbereichen zwischen Ausschüssen reformiert wird. Insbesondere wird die Situation der mitberatenden Ausschüsse geklärt. Zusätzlich zu dem bestehenden Verfahren mit gemeinsamen Ausschusssitzungen kann die Konferenz der Präsidenten bei weitreichenden Überschneidungen als letztes Mittel vorschlagen, dass ein nichtständiger Rechtsausschuss eingesetzt wird, der sich mit einem konkreten Vorschlag für einen verbindlichen Rechtsakt oder ein prälegislatives Strategiedokument befasst. Die Anwendung des Dringlichkeitsverfahrens im Plenum wird auf eindeutig begründete Fälle beschränkt, die Ausschüsse haben dann jedoch über vereinfachte oder beschleunigte Verfahren mehr Möglichkeiten, ihre Standpunkte anzunehmen.

Alle Vorschläge mit Auswirkungen auf den Haushalt werden einer besonderen haushaltspolitischen Bewertung unterzogen, damit das Parlament seine Rechtsetzungs- und

Haushaltsbefugnisse möglichst effektiv und in einer sich gegenseitig verstärkenden Weise nutzt. Darüber hinaus muss der Haushaltskontrollausschuss in Überlegungen zu etwaigen Vorschlägen einbezogen werden, die nicht traditionelle (d. h. haushaltsexterne) Finanzinstrumente umfassen, um dem entsprechenden Entlastungsverfahren vorzugreifen. Mit der Reform wird auch ein neues Format für „besondere Anhörungen zur Kontrolle“ eingeführt. Damit soll das Parlament die Möglichkeit erhalten, „ein oder mehrere Kommissionsmitglieder zu einem Thema von großer politischer Bedeutung zu befragen“. Diese Anhörungen können kurzfristig von der Konferenz der Präsidenten einberufen werden, sind im Normalfall öffentlich und könnten schriftliche Empfehlungen nach sich ziehen. Ferner wird bei Plenartagungen eine besondere Sitzung zur Kontrolle ohne vorher festgelegtes Thema mit dem Präsidenten bzw. der Präsidentin der Kommission oder ausgewählten Kommissionsmitgliedern abgehalten.

Eine neue Form von Plenardebatten zu konkreten Themen von Interesse für die EU wird mit der Annahme einer Stellungnahme durch das Parlament abgeschlossen. Die Einberufung von Ad-hoc-Plenarsitzungen zur Erörterung von Themen von erheblicher politischer Bedeutung wird einfacher, allerdings ohne Abstimmungen.

Damit die Änderungen in Bezug auf die interinstitutionelle Zusammenarbeit umgesetzt werden können, muss die Rahmenvereinbarung zwischen dem Parlament und der Kommission aus dem Jahr 2010 überarbeitet werden. Dieses Verfahren wurde von der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, bereits in die Wege geleitet.

Etienne Bassot

Leiter der Mitgliederforschung
Dienst (EPRS)
etienne.bassot@europarl.europa.eu

Micaela Del Monte

Leiter der Abteilung Bürgerpolitik
Referat für Mitgliederforschung
Dienst (EPRS)
micaela.delmonte@europarl.europa.eu

ⁱ Dieser Artikel basiert weitgehend auf dem Dokument [Auf einen Blick](#), verfasst von R. Mańko, Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments (EPRS), April 2024.

ⁱⁱ Pressemitteilung des Europäischen Parlaments, [„Parliament 2024“: a more modern and efficient Parliament after the elections](#) („Parlament 2024“: ein moderneres und effizienteres Parlament nach der Wahl), 10. April 2024.

ⁱⁱⁱ Pressemitteilung des Europäischen Parlaments, [EP leaders engage in a reform for a more modern and efficient Parliament](#) (Führungsgremium des EP verpflichtet sich zu Reform für ein moderneres und effizienteres Parlament), 7. Dezember 2023.